

4.7 Digitale Entwicklungspolitik

[Ben Scott | Stiftung Neue Verantwortung,
Tim Maurer | Open Technology Institute]

Die in den vorhergegangenen Kapiteln beschriebenen Prinzipien der digitalen Grundsattpolitik haben nicht nur eine innenpolitische Komponente, sondern spiegeln letztendlich globale Fragestellungen wider. Konsequenterweise stellt sich auch für die Außen- und Entwicklungszusammenarbeit die Frage, wie diese Prinzipien umgesetzt werden können. Kapitel 4.6 hat dies für die Internet-Governance dargelegt. In diesem Kapitel wollen wir einige Folgerungen für die Entwicklungspolitik beschreiben.

Dass die Entwicklungspolitik eine digitale Agenda braucht, zeigt alleine schon der Blick auf die Zahlen: In den kommenden Jahren wird die Mehrheit der Internetnutzer der Welt in sich entwickelnden Ökonomien leben und sich über preiswerte Smartphones und Mobilfunknetze mit der virtuellen Welt verbinden.

Aus unserer Sicht birgt das Internet ein großes, sehr positives Potenzial für die sich entwickelnden Ökonomien. Es hat das Potenzial Wissenstransfer zu verstärken, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu verringern, Transparenz zu erhöhen und wirtschaftliches Wachstum zu beschleunigen. Um diese neuen Chancen zu nutzen, sollte die Bundesregierung sich bemühen, eine Netz-Aussenpolitik zu entwickeln, die auf Menschenrechten und sozialer Chancengleichheit in einer digitalen Welt basiert. Folgende sieben Säulen einer digitalen Entwicklungspolitik sind entscheidend:

- Das **Recht auf freie Meinungsäußerung** muss im digitalen Zeitalter aktiv unterstützt werden. Das Internet verändert die Medien und die Art, wie wir kommunizieren. Der interaktive und dezentrale Charakter hat neue und alternative Medien wachsen lassen und dem Bürgerjournalismus neue Möglichkeiten zur Entfaltung geboten.
- **Verbraucherschutz** braucht ebenfalls besondere Aufmerksamkeit. Das Internet nimmt für viele Verbraucher eine zunehmend wichtige Rolle ein. Zugang zu Kommunikationstechnologie ist schon lange kein Luxus mehr, sondern Teil des Wohlbefindens und der erschwingliche Zugang daher eine Notwendigkeit. Der effektive Schutz der Privatsphäre und Kontrolle über persönliche Daten sind weitere Herausforderungen.¹
- Das Internet bietet auch neue Chancen für eine **aktivere Bürgerbeteiligung** und grössere Transparenz. Er ermöglicht Daten offen ins Netz zu stellen, um deren Analyse und Nutzen zu erhöhen und die Beteiligung von Bürgern an politischen Prozessen zu stärken. Vor allem grössere Transparenz mit Blick auf Budgets kann einen wichtigen Beitrag leisten, sowohl auf allen Regierungsebenen als auch mit Blick auf Stiftungen, zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen.
- Die **Förderung von Open Source Software** stärkt die Nutzung der öffentlichen Güter, die das Internet bereitstellt, und hilft Menschen vor Ort Anwendungen zu entwickeln, die auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten und Kontextspezifische Lösungen anbieten. Ein gutes Beispiel ist „iCow“, eine Anwendung, die Milchbauern in ihrer Arbeit unterstützt und ihnen erlaubt, Daten zu ihren Kühen, Milchproduktion, und Fortpflanzung zu sammeln und Informationen zum nächsten Tierarzt und nützliche Tipps bereit stellt. Auch im Bildungsbereich ergeben sich neue Möglichkeiten (vgl. Kapitel 1.2). Die Khan-Academy beispielsweise bietet die verschiedensten Unterrichtskurse online an.

- Besonderer Bedarf besteht auch im **Training und Vernetzung von NGOs**, um deren Arbeit mit Hilfe von Technologie zu fördern. TechCamp beispielsweise ist ein Programm des amerikanischen Außenministeriums, das verschiedene NGOs einer Region mit Technologieexperten zusammenbringt, um gemeinsam Lösungen für ihre dringlichsten Probleme zu finden. Das Citizen Lab der Universität Toronto hat ein Cyber Stewards Programm ins Leben gerufen, um die lokale Arbeit von Experten und Organisationen im Globalen Süden vor allem im Bereich Cybersicherheit auf globaler Ebene zu vernetzen.
- **Journalisten** sind in vielen Ländern besonders gefährdet. Schulungen in digitaler Sicherheit können einen wichtigen Beitrag leisten, ihre Arbeit und ihre Quellen zu schützen. Globale Informationsnetzwerke sind ein zweischneidiges Schwert. Sie ermöglichen Menschenrechtsgruppen, politisch Engagierten und Journalisten viele Chancen, stellen aber auch große Risiken da. Sie bieten eine Plattform für die sofortige weltweite Verbreitung von sensiblen Informationen. Zugleich können autoritäre Regime Netzwerke mit Überwachungsgeräten ausstatten, um e-Mails abzufangen, Internetanrufe abzuhören und mit höchster Genauigkeit den genauen Aufenthaltsort von Nutzern verfolgen. Vor allem Journalisten sind offensichtliche Ziele von Überwachung, weil ihre Kommunikation das Tor zu politisch Engagierten und Menschenrechtsaktivisten öffnen kann, die unter Umständen zu ihren Quellen gehören. Ohne ihre Daten und Kommunikation entsprechend schützen zu können sind nicht nur Journalisten selbst, sondern auch die Menschen mit denen sie arbeiten, einem Risiko ausgesetzt.
- Den **Aufbau von Infrastruktur** zu unterstützen, um der Bevölkerung Zugang zu diesen Technologien zu ermöglichen ist ebenfalls wichtig. Dies beinhaltet die Schaffung von Internet Exchange Points, Bereitstellung von Expertenwissen zum Netzwerkausbau und –management, Entwicklung ausgewogener Regulierungsmodelle, um Investitionen und Handel zu fördern, und die Gründung von Computer Emergency Response Teams und widerstandsfähiger Netzwerken zum Schutz gegen mögliche Hackerangriffe.

Bisher hat erst ein Drittel der Menschheit Zugang zum Internet. Zu den anderen zwei Dritteln gehören die ärmsten Menschen der Welt. Wir haben in den letzten 15 Jahren erlebt, wie das Internet die Wirtschaft und das Leben vor allem im Globalen Norden verändert hat. In China und Brasilien, wo immer mehr Menschen Zugang erhalten, sieht man einen ähnlich tiefgreifenden Wandel. In Indien hingegen nutzt bisher nur ein Bruchteil der Bevölkerung das Internet. Es gibt bereits erste Erfolgsgeschichten, wie das Internet auch hier positiven Wandel gefördert hat. Dieses Potential wird sich nur noch erhöhen, je mehr Menschen in diesen Ländern Zugang zum Internet erhalten.

Deutschland könnte hier eine treibende Kraft sein. Die Entwicklungsministerien anderer Länder wie die swedische SIDA, das britische DFID, und die amerikanische USAID haben sich bereits diesen Themen angenommen. Die Internationale Fernmeldeunion stellt ihre Expertise ihren Mitgliedstaaten zur Verfügung und die weltweit verstreuten lokalen Chapter der Internet Society tragen schon lange zum Wissensaustausch und Förderung des Internets bei.

Die Bundesregierung hat die Chance mit einer Netzaußen- und Entwicklungspolitik aktiv darauf hinzuwirken dieses Potential zu voll auszuschöpfen.

1 Vgl. Kap. 1